

# Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgrotte Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porstendorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: R. Kohlhafer

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbm. ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverletzungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

**Ständige Wochenbeilagen:** „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 115

Bad Schandau, Mittwoch, den 18. Mai 1927

71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Der deutsche Botschafter Dr. von Hoersch wird nach einer Meldung aus Paris am Sonnabend zu einem Erholungsurlaub nach Evian am Genfer See abreisen.

\* Nach kurzer Debatte hat gestern die türkische Kammer den deutsch-türkischen Niederlassungsvertrag ratifiziert.

\* Das albanische Außenministerium erklärt offiziell: „Die Nachricht, daß der Staat den Ministerpräsidenten Ahmed Zogu am 15. Mai 1927 in Tirana zum König von Albanien auszurufen ließ, entbehrt jeder Grundlage.“

\* Wie aus Chartow gemeldet wird, ist der vor einigen Tagen wegen Spionage zum Tode verurteilte Pole Koslowski nach Ablehnung seines Gnadengesuches am Dienstagmorgen hingerichtet worden.

## Amerikanische Rüstungen.

Von Otto Corbach, Berlin.

Im Jahre 1901 gaben die Vereinigten Staaten für ihre Kriegsflotte 80 000 240 Dollar aus. Noch konnten sich Volk und Regierung in der Union rühmen, von dem Rüstungsrausch der alten Welt nicht angesteckt zu sein. Man fürchtete keinen Angriff von irgendwelcher Seite. Man betrachtete die Duldung der britischen Herrschaft über Kanada als ausreichende Sicherheit gegen feindselige Geisteskräfte; man sah auf die mittel- und südamerikanischen Republiken gleichgültig, fast verächtlich herab, machte sich auch um deren Sicherheit mit Rücksicht auf die von allen großen Mächten anerkannte Monroe-Doktrin keine Sorge; man blickte über den Stillen Ozean und verlieh sich auf die Versicherung der Marinesachverständigen, daß keine Schlachtschiffe ein genügendes Wirkungsfeld besäßen, um die Union vom Pazifik her in ihren eigenen Gewässern anzugreifen; man fühlte sich als Vormacht eines befriedeten Erdteils wirtschaftlich unabhängig und unbeflegbar.

Erst das weltpolitische Temperament des Präsidenten Roosevelt, das in dem Admiral Mahan einen bedeutsamen Theoretiker fand, riß das Volk der Vereinigten Staaten nachhaltig aus seinem herkömmlichen geruhlichen Dasein heraus. Die amerikanische Flotte mußte die Erde umsegeln, um aller Welt den Anbruch der imperialistischen Zeit amerikanischer Außenpolitik zu offenbaren. Immerhin blieb die amerikanische Rüstungspolitik bis zum Ausbruch des großen Krieges noch infolge der pazifistischen Tradition des Volkes der Vereinigten Staaten stark gedämpft. Großbritannien wandte immer noch fast doppelt soviel für seine Flotte auf wie die Union für die ihrige (144 545 000 Dollar gegen 52 705 779 Pfund). Das Stärkeverhältnis der Flotten der beiden anglosächsischen Mächte war nach Brassens Annual 1914 das folgende:

	Großbritannien gebaut u. im Bau	Vereinigte Staaten gebaut u. im Bau
Moderne Schlachtschiffe	31	14
Moderne Schlachtkreuzer	10	—
Ältere Schlachtschiffe	38	22
Zusammen	82	36
Kreuzer 1. Klasse	38	15
Leichte Kreuzer	89	10
Zusammen	127	25
Zerstörer	238	60
Torpedoboote 1. u. 2. Kl.	70	21
Unterseeboote	96	50
Zusammen	404	131

Heute wendet die Union für ihre Flotte viermal soviel auf wie vor 25 Jahren und doppelt soviel wie im Jahre 1914. Auch ihr stehendes Heer ist, obgleich noch verhältnismäßig klein, gegenwärtig viel größer als früher. Dazu kommen gewaltige Luftstreitkräfte. Die Ausgaben der Bundesregierung für Armee und Flotte werden für das laufende Jahr auf 680 537 642 Dollar geschätzt, wovon 574 Millionen auf die Seeverteidigung entfallen. Unberücksichtigt sind dabei die Ausgaben des Schiffahrtamtes für die Aufrechterhaltung einer den Ausmaßen der Kriegsflotte entsprechenden Handelsflotte, die im Laufe von neun Jahren die statische Summe von 3 623 000 000 Dollar ergeben. Nach Abzug des Erlöses für verkaufte Schiffe und Materialien bleibt immer noch ein Fehlbetrag von rund 3 Milliarden Dollar. Alles in allem hat der Flottenehrgeiz das Volk der Vereinigten Staaten seit 1916 etwa zehn Milliarden Dollar gekostet. Am 1. Februar 1927 waren gebaut oder im Bau in

	England	Verein. Staat.	Japan	Frankreich	Italien
Große Schlachtschiffe	12	14	6	—	—
Große Schlachtkreuzer	3	—	4	—	—
Kleinere Schlachtschiffe	4	4	—	9	6
Kleinere Schlachtkreuzer	1	—	—	—	—
Flugzeugmutterchiffe	19	3	5	22	1
Kreuzer	62	37	39	20	16
Zerstörer	176	309	128	84	79
Unterseeboote	64	124	77	83	39

Die amerikanische Schlachtschiff-Flotte, die am Vorabend des großen Krieges an dritter Stelle stand, ist heute der britischen gleichwertig und mehr als doppelt so stark wie die Flotten irgendwelcher zweier anderer Seemächte. Es erhellt daraus, daß das Volk der Vereinigten Staaten heute im Gegensatz zu seiner früheren Grundstimmung von Mißtrauen wider die übrige Welt erfüllt ist. Es glaubt, daß es wegen seines mächtig wachsenden Wohlstandes allgemein beneidet und gehäht wird und irgend wann einmal von starken Gegnern angegriffen werden könnte. Gewiß will es mit der übrigen Welt in Frieden leben; hat es doch ihr gegenüber auf Grund seiner Gläubigerrechte Anspruch

auf jährliche Zahlungen von insgesamt 22 143 530 993,10 Dollar. „Wenn wir die realen Opfer in Betracht ziehen, die auf Seiten anderer Nationen nötig sind, um die vereinbarten Zahlungen zu leisten“, erklärte Präsident Coolidge unlängst in einer Rede, „und wenn wir alle damit zusammenhängenden Umstände berücksichtigen, so sollten wir uns ihre wachsende Bewunderung und Achtung sichern.“ Als Hauptmittel zu diesem Zweck soll der Union eben ihr längerer Atem im Weltfrieden dienen, bis ein Abstützungsdiktat die kriegerische Ueberlegenheit Amerikas ein für allemal stabilisieren kann.

## Europa und Amerika.

Von Minister a. D. Louis Loucheur,  
französischem Delegierten zum Völkerverbund.

Der bekannte französische Staatsmann und Wirtschaftspolitiker weilt erst vor einiaer Zeit in Deutschland. In holländischen unserm Berliner Mitarbeiter zur Verfügung gestellten Ausführungen äußert er sich u. a. über die uns so schwer bedrückenden Reparationslasten.

Die Nachkriegszeit wird gekennzeichnet von dem Verfall Europas, sich von den heftigen Erschütterungen und den ungeheuren Verlusten, die ihm in der Zeit von 1914 bis 1918 zugefügt worden sind, zu erholen. Um die zahlreichen Schwierigkeiten, die sich dabei für jede europäische Nation ergeben, besser verstehen zu können, muß man einer neuen Tatsache Rechnung tragen. Das gesamte Europa findet sich den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüberstehend, einem Amerika, das finanziell und industriell anders organisiert ist, als es 1914 war.



Der französische Großindustrielle Loucheur.

Vor dem Kriege waren die Vereinigten Staaten genötigt, insbesondere zur Errichtung ihrer Eisenbahnen, eine große Anzahl von Obligationen in Europa unterzubringen, weil ihre Zahlungsbilanz passiv war. Während des Krieges konnten sie dank den Lieferungen an verschiedene Völker des alten Kontinents ihre Finanzlage vollkommen verändern und den weitaus größten Teil der Obligationen wieder zurückkaufen. Und heute ist Europa gezwungen, alljährlich beträchtliche Summen an sie zu zahlen.

Wenn ich Europa sage, müßte ich eigentlich in erster Linie Deutschland nennen, denn in Wirklichkeit haben Großbritannien, Frankreich und die anderen Länder, die an der normalen Abwicklung des Dawes-Planes interessiert sind, deutlich zu verstehen gegeben, daß sie bereit sind, die von Deutschland zu zahlenden Jahresraten zu reduzieren, falls die Vereinigten Staaten von Amerika ihnen die interalliierten Schulden erlassen würden. Es kann mit Recht gesagt werden, daß ein beträchtlicher Teil der deutschen Reparationszahlungen über Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien Amerika zufließt.

Durch diesen Umstand wird aber nur zum Teil das Verhältnis zwischen Europa und Amerika gekennzeichnet. Der Weltkrieg verfestigte Amerika in die Lage, seine Produktion auf den verschiedensten Gebieten zu steigern. Es hat für seine Ausfuhr gewisse freigewordene Märkte gefunden, sich neue Niederlassungen geschaffen und seine Industrie überall gegen die europäische Industrie als einen tatkräftigen und mächtigen Gegner in den Wettstreit treten lassen. Gleichzeitig aber blieb das amerikanische Schutzsystem bestehen, das den meisten seiner Industrien eine ungehinderte Entwicklung ermöglichte und sie von der Sorge einer soviel unmöglichen Konkurrenz befreite.

In diesen beiden Entwicklungen darf man wohl den Grund zu den Übeln suchen, an denen Europa heute leidet. Wenn man die Außenhandelsstatistiken in jedem der großen Staaten, die unter den allgemein bekannten Krisen leiden, näher prüft, erkennt man, wie die verstärkte amerikanische Konkurrenz das Problem der europäischen Produktion überall so schwierig gestaltet hat, daß man im Augenblick nicht recht weiß, wie man es lösen könnte.

Die Gründe der amerikanischen Vorherrschaft sind, kurz skizziert, folgende: Amerikas Finanzmacht, Amerikas zahlreiche eigene zahlungsfähige Konsumentenschaft, Amerikas alle Industriezweige umfassender Rohstoffreichtum, Amerikas billige Kohle und Amerikas fruchtbares und ausgedehntes Ackerland.

Wie absurd das System ist, durch das sich die Völker, von verlockenden vorübergehenden Gewinnen verführt, verführen lassen, wie es beispielsweise durch die gewaltige Serienproduktion Amerikas geschieht, zeigen die meines Erachtens nach notwendigerweise wachsenden Leiden der amerikanischen Landwirtschaft, die ihren Ursprung haben in der immer größer werdenden Unfähigkeit Europas, ihr die Erzeugnisse abzukaufen.

Wir müssen auf beiden Seiten die Konsequenzen übersehen, um nicht eines Tages in eine Sackgasse der verzweifelten Lösungen hineingetrieben zu werden. Es ist in wirtschaftspolitischer Hinsicht nicht unmöglich, Europa derart zu organisieren, daß ihm der Kampf mit der amerikanischen Industrie möglich ist. Aber gerade diesen Kampf möchte ich vermeiden wissen. Wir wollen doch nicht in dem Augenblick, in dem das Wort Frieden auf allen Lippen schwebt, die Keime zu künftigen Konflikten säen. Wir wollen nicht den Krieg der Waffen durch einen Wirtschaftskrieg ersetzen. Wir sind im alten Europa viel solbärer, als wir es uns vorstellen. Ich wiege mich zwar nicht in dem Glauben, daß durch die internationale Wirtschaftskonferenz in Genf alle Probleme plötzlich gelöst werden können, aber ich hoffe, daß wir dadurch den Grundstein zur Errichtung eines Tempels zu Ehren einer fruchtbareren Zusammenarbeit des alten Europas mit dem neuen Amerika legen werden.

## Die russische Arcos-Note an England überreicht.

London. Die Note der Sowjetregierung, in der sie gegen die polizeiliche Durchsuchung der Räume der Allrussischen Kooperativen Gesellschaften in London protestiert, ist gestern dem britischen Geschäftsträger in Moskau übergeben worden.

### Aus dem Inhalt der Note.

Die Sowjetregierung erklärt in der Note kategorisch, daß die Fortsetzung der Handelsbeziehungen nur unter der Bedingung genauer Erfüllung des Handelsübereinkommens durch die großbritannische Regierung und der Garantierung ruhiger, sachgemäßer Arbeit der wirtschaftlichen Organe der Sowjetunion möglich ist. Mit gleicher Entschiedenheit erklärt die Sowjetregierung, daß sie sich nicht damit zufrieden geben kann, daß die Durchführung der Handelsoperationen in Zusammenhang mit zufälligen innerparteilichen Kombinationen in England, Wahlmanövern oder phantastischen Voraussetzungen dieses oder jenes Ministers gebracht wird. Die Sowjetregierung hält sich für berechtigt, von der großbritannischen Regierung eine klare und unzweideutige Antwort zu verlangen, aus der man entsprechende Schlussfolgerungen ziehen kann. Sie hält sich ferner für berechtigt, die Forderung zu stellen, daß die großbritannische Regierung wegen der Verletzung vertraglicher Verpflichtungen, wegen der der Sowjetregierung zugefügten Beleidigung und der durch polizeiliche Handlungen zugefügten materiellen Schäden Genugtuung gebe.

## Die Arcos nimmt ihre geschäftliche Tätigkeit wieder auf.

London, 17. Mai. Die Arcos hat heute ihre geschäftliche Tätigkeit wieder aufgenommen, nachdem die polizeiliche Untersuchung gestern nacht beendet worden war. Ihre erste Aufgabe sah sie darin, den bei der Durchsuchung der englischen Polizei angegriffenen Schaden festzustellen. Sobald die Höhe des Schadens feststeht, wird die Sowjetbojschaft eine Erklärung veröffentlicht.

Mehrere Arbeiterparteiler im Unterhaus werden an den Innenminister eine Reihe von Fragen richten, die den Minister zwingen sollen, sich über die Angelegenheit der Durchsuchung zu äußern.

Nach einer Meldung aus London beabsichtigt die Handelsgesellschaft Arcos, einen Schabenerjahrsprozeß gegen die englische Regierung wegen Sachbeschädigung an Inventar und Geldschranken während der Hausdurchsuchung anzuklagen.

## Das Ende des Straf-Traumes.

Im Verlaufe der gestrigen Unterhausführung hat der englische Kolonialminister eine aufsehenerregende Erklärung abgegeben, nach der England seit Friedensschluss 2,6 Milliarden Mark Zuschüsse für den Irak geleistet habe. Die einzige Rechtfertigung dieser Politik war stets nur der Erdöl-Reichtum des Gebietes. Nach Mitteilungen des Kolonialministers sind jedoch nur in einem kleinen Gebiet von Irak in der Nähe der persischen Grenze einige wenige Erdölquellen in Ausbeutung begriffen. Das übrige Gebiet sei eine ertraglose Wüste.